

## **Dringlichkeitsanfrage**

**der Abgeordneten Stark (Die Linke)**

### **Vorhaltung von Gewahrsamskapazitäten beim AfD-Bundesparteitag in Erfurt**

Für den 4. und 5. Juli 2026 ist der Bundesparteitag der AfD in der Messe Erfurt angekündigt; zugleich werden zahlreiche Gegenversammlungen, Demonstrationen und Protestaktionen erwartet. Bei polizeilichen Großeinsätzen können freiheitsbeschränkende und freiheitsentziehende Maßnahmen erhebliche Grundrechtseingriffe darstellen und besondere Anforderungen an Verhältnismäßigkeit, Dokumentation, richterliche Kontrolle, anwaltlichen Zugang und menschenwürdige Unterbringung auslösen. Vor diesem Hintergrund ist von öffentlichem Interesse, ob und in welchem Umfang Gewahrsams-, Transport- und Bearbeitungsstrukturen vorbereitet werden. Dies gilt insbesondere, wenn eine größere Zahl von Personen zeitgleich von Identitätsfeststellungen, Ingewahrsamnahmen oder sonstigen freiheitsentziehenden Maßnahmen betroffen sein könnte. Von besonderem Interesse ist auch der Umgang mit Minderjährigen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gewahrsams-, Bearbeitungs-, Transport- und Unterbringungskapazitäten werden nach Kenntnis der Landesregierung im Zusammenhang mit dem AfD-Bundesparteitag und den erwarteten Gegenprotesten am 4. und 5. Juli 2026 in der Landeshauptstadt Erfurt oder außerhalb von Erfurt in diesem Kontext vorgehalten (bitte nach Art der Kapazität und Größenordnung darstellen)?
2. Welche Vorgaben bestehen für den Fall einer größeren Zahl freiheitsbeschränkender oder freiheitsentziehender Maßnahmen hinsichtlich Dokumentation, Dauerbegrenzung, medizinischer Versorgung, Toilettenzugang, Trinkwasserversorgung, Umgang mit Minderjährigen und vulnerablen Personen sowie menschenwürdiger Unterbringung im Zusammenhang mit dem AfD-Bundesparteitag und den erwarteten Gegenprotesten am 4. und 5. Juli 2026?
3. Wie wird gewährleistet, dass Betroffene bei Freiheitsentziehungen oder länger andauernden Freiheitsbeschränkungen unverzüglich über den Grund der Maßnahme, ihre Rechte, anwaltliche Erreichbarkeit, Kontaktmöglichkeiten zu Angehörigen sowie die Möglichkeit richterlicher Überprüfung informiert werden?

Stark